



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 06.02.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 29.01.2018, 17:05 Uhr bis 18:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD	
Herr Christian Joisten	SPD	anwesend bis 18:00 Uhr
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Frank Schneider	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE	anwesend bis 17:35 Uhr, dann vertreten durch Frau Sabine Pakulat
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	anwesend von 17:15 Uhr bis 18:03 Uhr
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	
Herr Volker Görzel	FDP	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Roß-Belkner	CDU	i.V.f. Herrn Werner Marx
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	i.V.f. Frau Dr. Birgitt Killersreiter ab 17:35 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD
Herr Thomas Hilden	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Thomas Hegenbarth	BUNT

Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.
Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Tjark Sauer	Linke

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	
Frau Andrea Ziegenhan	
Herr Beigeordneter Dr. Rau	
Frau Dolores Burkert	Personal- und Verwaltungsmanagement (11)
Frau Birgit Jablonski	Zentrale Finanzsteuerung (202/0)
Herr Dieter Kruse	Amt für Informationsverarbeitung (12)
Frau Dr. Monique Offelder	Kommunalverfassungsrecht (OB/2)
Herr Hans-Jürgen Oster	Flüchtlingskoordination (OB/6)
Herr Engelbert Rummel	Amt für öffentliche Ordnung (32)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Dagmar Dahmen

GPR

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Werner Marx CDU vertreten durch Frau Monika Roß-Belkner

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener pro Köln
Frau Valentina Kerst auf Vorschlag der SPD
Herr Tjark Sauer Linke

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke BÜNDNIS 14
Herr Björn Blank SC Janus e.V.

Herr Petelkau begrüßt die Anwesenden. Er trägt die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln
0198/2018

- 4.5 Mitteilung betreffend „Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Sitzung des Hauptausschuss am 15.01.2018 zu dem geplanten Maßnahmenkatalog der Stadt Köln anlässlich des Straßenkarnevals 2018“
0212/2018

- 4.6 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56- Amt für Wohnungswesen
(Die Mitteilung wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 13.1 behandelt.)

- 4.7 Personalrisikomanagement
0056/2018

- zu TOP 6.2 Stellungnahme der Verwaltung vom 23.01.2018
4019/2017

- 6.4 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Aufrüstung des Ordnungsamtes – Wurden die Risiken berücksichtigt?" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0131/2018

- 6.5 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Bleiberechte in Köln – Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0132/2018

- 6.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2017" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0134/2018

- 6.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage in 2018" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0138/2018

- zu TOP 10.2 Änderungsantrag der Fraktion DieLinke
AN/0069/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.1 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen
0234/2018

- 17.6 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 26 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 20-
3071/2017

- 17.7 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 26 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 21-
3074/2017

- 17.8 2 -Jahres-Rahmenvertrag mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils 12 Monate zur Lieferung von Verbrauchsmaterial für den Rettungsdienst der Stadt Köln
4034/2017

- 18.1 Erhöhtes Risikomanagement bei Großveranstaltungen und Anlässen mit größeren Menschenansammlungen
hier: zusätzliche Maßnahmen zum Straßenkarneval 2018
0094/2018/1

Er trägt den Vorschlag der Verwaltung vor, dass TOP 4.3 und TOP 4.5 sowie TOP 4.2 und TOP 10.1 jeweils wegen Sachzusammenhang miteinander verbunden bzw. gemeinsam behandelt werden.

MdR Richter erinnert an seine Bitte, die Mitteilung „Zielbild 2020 – Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes“ (2763/2017), die bereits in der AVR-Sitzung am 11.12.2017 auf der Agenda gestanden habe, auch in die einzelnen Bezirksvertretungen zu reichen und anschließend erneut im AVR zu behandeln. In diesem Sinne erwarte er, dass die durch etwaige Protokollnotizen aus den Sitzungen der Bezirksvertretungen angereicherte Mitteilung auf der Tagesordnung der AVR-Sitzung am 12.03.2018 stehe.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln
0198/2018

2 Internationales

- 2.1 Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2017
3644/2017

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2016
3902/2017
- 4.2 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
3923/2017
- 4.3 Karneval 2018 - Ergebnisse des "Runden Tisches Straßenkarneval" und Umsetzung erster Maßnahmen
0153/2018
- 4.4 Leitprojekt "Köln aufräumen", Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
0146/2018
- 4.5 Mitteilung betreffend „Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Sitzung des Hauptausschuss am 15.01.2018 zu dem geplanten Maßnahmenkatalog der Stadt Köln anlässlich des Straßenkarnevals 2018“
0212/2018
- 4.6 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56- Amt für Wohnungswesen
(Die Mitteilung wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 13.1 behandelt.)
- 4.7 Personalrisikomanagement
0056/2018

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren" zur Sitzung am 06.11.2017
AN/1554/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.01.2018
3783/2017

- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Gefährdung von Fußgängern durch Radfahrer" zur Sitzung am 11.12.2017
AN/1761/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 23.01.2018
4019/2017

- 6.3 Anfrage der DieLinke-Fraktion betreffend "Migrationshintergrund von Stellenbewerber/innen bei der Stadt Köln" zur Sitzung am 11.12.2017
AN/1818/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.12.2017
3864/2017

- 6.4 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Aufrüstung des Ordnungsamtes – Wurden die Risiken berücksichtigt?" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0131/2018

- 6.5 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Bleiberechte in Köln – Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0132/2018

- 6.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2017" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0134/2018

- 6.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage in 2018" zur Sitzung am 29.01.2018
AN/0138/2018

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"
3262/2017

10.2 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
3428/2017

Änderungsantrag der Fraktion DieLinke
AN/0069/2018

10.3 Katzenschutzverordnung mit einer Kastration- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen
3723/2017

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen
0234/2018

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Bedarfsfeststellung für die Einrichtung eines Bewerbercenters
3566/2017

17.2 Prüfung der Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten bei 21-Steueramt
3311/2017

- 17.3 2-Jahres-Rahmenvertrag zur Beschaffung von Einmalhandschuhen für den Rettungsdienst der Stadt Köln
4021/2017
- 17.4 3-Jahres-Rahmenvertrag zur Ersatzbeschaffung von CFK-Atemluftflaschen für die Feuerwehr der Stadt Köln
4037/2017
- 17.5 Modernisierung der Firewall-Infrastruktur
0086/2018
- 17.6 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 26 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 20-
3071/2017
- 17.7 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 26 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 21-
3074/2017
- 17.8 2 -Jahres-Rahmenvertrag mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils 12 Monate zur Lieferung von Verbrauchsmaterial für den Rettungsdienst der Stadt Köln
4034/2017
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
- 18.1 Erhöhtes Risikomanagement bei Großveranstaltungen und Anlässen mit größeren Menschenansammlungen
0094/2018/1

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln 0198/2018

Frau Dahmen verkündet, dass das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern einen Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung entwickelt habe. Dies sei ein Ergebnis der ersten Veranstaltung zur Charta der Gleichstellung bzw. eine Maßnahme, die dort vorgeschlagen wurde.

In dem Handlungsleitfaden werde beschrieben, wie sexistische und sexualisierte Werbung aussehen kann. Zudem werden Beispiele aufgeführt, die den Kriterien sexistisch oder sexualisiert entsprechen.

Außerdem werde in dem Handlungsleitfaden darauf hingewiesen, dass ein Postfach sowie eine Telefonnummer eingerichtet worden seien, damit entsprechende Beschwerden mitgeteilt werden können. Jeder Beschwerde werde nachgegangen. Dies sei im vergangenen Jahr auch erfolgreich gewesen, da die entsprechende Werbung anschließend entweder entfernt oder überklebt wurde.

MdR Tokyürek bedankt sich für den Handlungsleitfaden.

Bedauerlicherweise gebe es keine juristischen Mittel, um entsprechende Werbung auf privaten Grundstücken zu verbieten. Sie möchte wissen, wie man dennoch mit den Eigentümerinnen und Eigentümern übereinkommt, sollten Beschwerden bezüglich sexistischer oder sexualisierter Werbung auf privaten Grundstücken vorliegen. Sie bittet um Erläuterung, wie in solchen Fällen vorgegangen wird und wie viele Beschwerden es in diesem Bereich in etwa gibt.

Frau Dahmen erläutert, dass man innerhalb der Verwaltung sehr eng zusammenarbeite. Wenn dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern beispielsweise die Eigentümerin bzw. der Eigentümer von einem Grundstück nicht bekannt sei, werde Kontakt zur Liegenschaftsverwaltung aufgenommen. Von dort erfahre man dann, ob es sich um das Grundstück einer Firma oder einer Privatperson handele. Die bzw. der Betroffene werde anschließend angeschrieben und komme der Bitte, freiwillig auf diese Art von Werbung zu verzichten, in der Regel auch nach.

Pro Monat gebe es rund 2 Beschwerden.

MdR Richter möchten wissen, wann der Handlungsleitfaden auf der Webseite abgerufen werden kann; dies werde in der vorliegenden Mitteilung angekündigt.

Frau Dahmen teilt mit, dass zurzeit daran gearbeitet werde. Spätestens diese Woche könne er auf der Webseite abgerufen werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2017 3644/2017

MdR Möller teilt mit, dass ihre Fraktion einige Fragen zur vorliegenden Mitteilung habe. Die Fragen seien schriftlich formuliert worden und als Anfrage unter TOP 6.6 auf der Tagesordnung zu finden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die vorliegende Mitteilung gemeinsam mit TOP 6.6 zu behandeln.

Herr Wolf räumt ein, dass ihm die eingereichte Anfrage unter TOP 6.6 nicht bekannt sei.

Man verständigt sich darauf, dass die Anfrage unter TOP 6.6 schriftlich zur nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018 beantwortet wird.

Die Mitteilung wird zur AVR-Sitzung am 12.03.2018 zurückgestellt.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2016 3902/2017

MdR Richter bedankt sich bei der Verwaltung für die klare und gute Übersicht. Er möchte wissen, ob die Stadt Köln in Bezug auf ihre Integrationspolitik vorbildlich aufgestellt ist und im Vergleich zu anderen Kommunen über ein gutes Standing verfügt.

Frau Burkert erläutert, dass die Stadt Köln dem KGSt-Vergleichsring an dieser Stelle zwar nicht angehöre, dies aber durchaus anstrebe. Grundsätzlich stehe die Stadt Köln hinsichtlich ihrer Integrationspolitik im Vergleich zu anderen Kommunen sehr gut da.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" 3923/2017

Die Mitteilung wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit der Beschlussvorlage

10.1 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen" 3262/2017

behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und stimmt über die Beschlussvorlage ab.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Wahrnehmung der neuen Aufgabe „Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen“ für den Personenkreis der Bezieher/innen von AsylbL mit positiver Bleibeperspektive durch das Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration.
2. Zur Aufgabenwahrnehmung werden im Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration 4,0 Stellen der Wertigkeit BGr. A 8 Laufbahngruppe 1 LBesG NRW bzw. EGr. E 8 TVöD sowie 1,0 Stelle EG 9b TVöD eingerichtet. Da die Stellenbesetzung vor Inkrafttreten des Stellenplans 2019 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Karneval 2018 - Ergebnisse des "Runden Tisches Straßenkarneval" und Umsetzung erster Maßnahmen 0153/2018

Die Mitteilung wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit der Mitteilung

4.5 Mitteilung betreffend „Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Sitzung des Hauptausschuss am 15.01.2018 zu dem geplanten Maßnahmenkatalog der Stadt Köln anlässlich des Straßenkarnevals 2018“ 0212/2018

behandelt.

Der Vorsitzende spricht der Verwaltung seinen Dank für ihr schnelles Engagement aus. Dies habe aus seiner Sicht zumindest jetzt in der Vorbereitungszeit dazu geführt, dass sich die beteiligten Akteure zusammengesetzt haben und entsprechende Verbesserungsansätze für die Karnevalstage erkennbar sind. Man werde hinterher sehen, ob die Realität der Theorie auch tatsächlich folgt. Dies könne man nie vorhersehen. Er lobt, dass die Thematik so zügig angegangen worden ist, indem die entsprechenden Maßnahmen unmittelbar nach dem 11.11.2017 im Hauptausschuss vorgelegt wurden und das Thema auch heute hier noch einmal auf der Agenda steht.

MdR Dr. Krupp ergreift das Wort.

Dass nach dem 11.11.2017 etwas passieren musste, sei offensichtlich gewesen. Einen Runden Tisch einzuberufen sei in diesem Zusammenhang auch keine schlechte Idee. Allerdings sei seine Fraktion in Bezug auf das Verfahren bzw. das Hin und Her ein wenig irritiert. Zunächst einmal sei apodiktisch gesagt worden, dass es ein Bierbuden- bzw. ein Ausschankverbot für die Außengastronomie in bestimmten Bereichen geben werde. Dies habe seine Fraktion äußerst kritisch gesehen. Auf Nachfrage wurde das Verbot allerdings bestätigt. Letztendlich sei es aber augenscheinlich zurückgenommen worden. Seine Fraktion könne die Entscheidungswege nicht mehr nachvollziehen, sei aber im Ergebnis zufrieden, da sie das Ausschankverbot in der Form, in der es geplant war, nicht für gut erachtet habe. Das Chaos hinsichtlich des Verfahrens irritiere die Außenstehenden allerdings schon.

Er möchte wissen, wie die Personen, die am Runden Tisch teilgenommen haben, ausgewählt worden sind. Es sei nämlich aufgefallen, dass vergleichsweise wenig Wirtinnen und Wirte am Tisch saßen und erst recht keine Vertretung von „Veranstaltungsprofis“. Gewiss müsse man diesen nicht jeden Wunsch erfüllen, aber ihre Fachexpertise könne in diesem Zusammenhang hilfreich sein.

Die Aufstockung der Toilettenanzahl sei grundsätzlich nicht verkehrt. Er möchte allerdings wissen, ob diese auch entsprechend betreut werden. Dies sei aus seiner Sicht erforderlich.

In Bezug auf die Bühne auf der Zülpicher Straße habe seine Fraktion erfahren, dass dort vier Bierstände aufgebaut werden sollen. Diese halte diese Anzahl für einen solchen Hotspot fast schon für zu gering. Es gehe ihm nicht darum, sich für weitere Bierstände einzusetzen, sondern vielmehr darum zu erfahren, wie man die Anzahl von „vier“ Bierständen ermittelt habe. Gehe es möglicherweise darum, den Kioskbetreiberinnen und -betreibern nicht in die Quere zu kommen oder habe man ggf. entsprechende Berechnungen in Bezug auf die Anzahl der zu erwartenden Zuschauermenge an der Bühne vorgenommen. Er möchte vermieden wissen, dass es dort Gedränge gibt.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller entgegnet, dass MdR Dr. Krupp nach Herrn Attenberger vom Kölner Stadtanzeiger erst der zweite sei, der das Verfahren für chaotisch halte.

Er betont, dass es kein Hin und Her gegeben habe. Stattdessen habe es aus dem Runden Tisch heraus den Vorschlag gegeben, dass dieses Jahr auf die mobilen Bierstände verzichtet wird und hierfür keine Genehmigungen erteilt werden. Diesen Vorschlag habe die Verwaltung entsprechend weitergetragen. Er habe allerdings keinen Anklang in der Gastronomie gefunden, obwohl die Interessenvertretung der Wirtinnen und Wirte am Runden Tisch beteiligt gewesen seien. So sei es dann dazu gekommen, dass die Gastronomen gemeinsam mit der Handwerkskammer einen Gegenvorschlag entwickelt haben und über diesen sei dann verhandelt worden. Frau Oberbürgermeisterin Reker habe in der Zwischenzeit auch noch einmal gesagt, dass sie etwas enttäuscht darüber sei, dass der Gegenvorschlag erst jetzt gemacht wurde, obwohl die Interessenvertreter mit am Runden Tisch saßen. Schließlich habe man sich dann allerdings im Verhandlungswege geeinigt. Dies sei ein völlig normales Verfahren, er könne kein Hin und Her erkennen.

Er merkt an, dass man alle relevanten Interessengruppen am Runden Tisch beteiligt habe, insbesondere auch die Wirtinnen und Wirte aus der Altstadt. Ggf. könne Herr Oster gleich ergänzen, wer konkret eingeladen wurde, wobei man selbstverständlich nicht jeden einzelnen Gastronomen einladen könne. Daher habe man sich entschieden, die entsprechenden Interessenvertretungen einzubinden. Dies sei ein völlig üblicher Weg. Wenn zwischen den Interessenvertretungen und den Vertretenden so zu sagen Kommunikationsschwierigkeiten bestehen, dann sei dies eher ein Problem auf deren Seite. Er jedenfalls könne keinen Fehler in der Zusammensetzung des Runden Tisches erkennen.

In Bezug auf die Nachfragen zu der Aufstockung der Toilettenanzahl und zu den vier Bierständen bittet er Herr Rummel bzw. Herr Oster um Erläuterung.

Herr Rummel teilt mit, dass das Festkomitee die Bierstände an der Bühne betreibe und vier Stück eingefordert habe. Man sei der Meinung, dass der Bedarf mit diesen vier Ständen auch gedeckt werden könne. Er betont, dass man mit der Bühne nicht tausende von Menschen anziehen möchte, sondern diese vielmehr den Effekt habe, dass eine zusätzliche Fläche zur Verfügung steht, wenn sich im Zülpicher Viertel zu viele Menschen aufhalten. Momentan gehe man nicht davon aus, dass sich an der Bühne zehntausende Menschen einfinden, so dass vier Bierstände daher ausreichen sollten.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass sich seine Nachfragen durch die bereits erfolgten Ausführungen von Herrn Stadtdirektor Dr. Keller und Herrn Rummel erledigt haben.

MdR Richter erinnert daran, dass die SPD-Fraktion in der Sitzung des Hauptausschusses der damaligen Beschlussvorlage, die erst durch die Nachfragen seiner Fraktion geschoben wurde, hätte zustimmen können und nun das Verfahren für chaotisch halte. Dies könne er nicht nachvollziehen.

Er möchte in Bezug auf das freiwillige Glasverbot wissen, ob man bereits Rückmeldungen darüber erhalten habe, wie diese Freiwilligkeit von den Kioskbesitzerinnen und -besitzern etc. angenommen wird.

Herr Rummel bezieht sich auf die Betreuung der Toiletten. Insgesamt werde es rund 700 Toilettenmöglichkeiten geben zuzüglich der Toilettenmöglichkeiten, die die Wirtinnen und Wirte aufstellen. Darunter habe man selbstverständlich auch viele Toilettenwagen, die direkt ableiten können. Diese werden durch Personal entsprechend betreut. Darüber hinaus gebe es aber auch einige bewegliche Toiletten, die nach Möglichkeit geleert werden. Er gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass man nicht an jede Toilette mit einem Saugwagen heranfahren könne. Daher gebe es auch eine solche Vielzahl an Toilettenanlagen, sprich Kapazitäten. Darüber hinaus werde selbstverständlich darauf geachtet, dass die Toilettenanlagen so aufgestellt werden, dass sie nicht umgekippt werden können. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden zudem ständig in diesen Bereichen vor Ort präsent sein.

In Bezug auf die Nachfrage von MdR Richter hinsichtlich des freiwilligen Glasverbotes teilt er mit, dass er selbst mit einigen Kräften durch die betroffenen Kioske gegangen sei. Aus seiner Sicht seien die Reaktionen dort nicht hervorragend gewesen. Aber teilweise hätten auch die aufgesuchten Imbissbudenbesitzerinnen und -besitzer, die auch Bier verkaufen, geäußert, dass sie sich dem freiwilligen Glasverbot anschließen möchten. Allerdings hätten viele Kioskbetreiberinnen und -betreiber bereits Flaschenbier geordert und könnten nach eigener Aussage so kurzfristig nicht mehr umstellen. Daraufhin habe er zugesagt, ihnen Becher zur Verfügung zu stellen. Die Kioskbetreiberinnen und -betreiber könnten dann die Menschen auffordern, das Bier aus den Glasflaschen im Kiosk in die Becher umzufüllen. Die Glasflaschen würden dann im Kiosk verbleiben, wo ohnehin die Bierkästen lagern. An zentralen Kiosken werde das Ordnungsamt daher 2.000 bis 3.000 Becher abgeben, die auch nicht mehr anderweitig benötigt werden, da es in der Altstadt ein Pfandsystem gibt.

Man hoffe, dass man dadurch eine erhebliche Beteiligung an dem freiwilligen Glasverbot erzielen kann. Sollte dies jedoch nicht funktionieren und sollte es an den Karnevalstagen zu mehr Vorfällen durch Verletzungen an Scherben kommen, müsse man nächstes Jahr zwangsweise mit einem Glasverbot auskommen. Dies habe er auch allen Betroffenen bereits angekündigt und diese damit zumindest zum Nachdenken angeregt.

Weiterhin habe man inzwischen mit der AWB vereinbart, dass Zwischenreinigungen erfolgen, d. h. dass insbesondere die zusätzlich aufgestellten Müllbehältnisse geleert und Müllansammlungen entfernt werden. Außerdem sei beabsichtigt, dass in der Freiwilligkeitszone sogenannte Läuferinnen und Läufer Personen, die Flaschen mit sich führen, ansprechen und bitten, den Inhalt in Becher umzufüllen.

Herr Oster ergänzt, dass die Gastronomie am Runden Tisch äußerst zahlreich vertreten gewesen sei. Eingeladen wurde die DEHOGA, die ihr Mandat wiederum an Gastronomen delegiert habe. In den Arbeitsgruppen des Runden Tisches seien Gastronomen aus der Altstadt, aus dem Quartier Latäng und auch aus der Südstadt anwesend gewesen. Insofern sei jede Art von Kommunikation und Information in Richtung Gastronomie während der Arbeit des Runden Tisches eigentlich exzellent gewesen.

Man habe versucht, das breitgefächerte Thema Karneval durch den Einladungskreis abzudecken. Anwesend waren daher auch Vertreterinnen und Vertreter der Karnevalsgesellschaften, des Festkomitees Kölner Karneval, der Brauereien und einzelner Karnevalsvereine, die hier als Veranstalter auftreten, sowie darüber hinaus auch die Polizei, die Feuerwehr und das Ordnungsamt. In erster Linie seien also Menschen anwesend gewesen, die Freunde und Förderer des Kölner Brauchtums sind und die auch zu Lösungen beitragen können, um die Situation wie wir sie am 11.11.2017 erleben haben, zu verbessern. Daher habe die Verwaltung versucht, das Gremium sehr breit aufzustellen. Dies sei aus seiner Sicht auch gelungen.

Der Vorsitzende lobt dieses Vorgehen.

MdR Hegenbarth bezieht sich auf den letzten Absatz der Seite 4 der Mitteilung TOP 4.3. Dort werde angekündigt, dass die erzielte Wirkung der Maßnahmen an Karneval nach Aschermittwoch am Runden Tisch gemeinsam evaluiert werde. Er möchte wissen, was in diesem Zusammenhang geplant ist und ob es entsprechende Folgetermine gibt. Aus dem erweiterten Umkreis der DEHOGA habe er nämlich gehört, dass es hierzu bis jetzt noch keine Absprachen bzw. Terminvereinbarungen geben würde.

Ihn interessiere außerdem, inwieweit in diesem Rahmen auch grundsätzlich über andere Ansätze gesprochen wird. Beispielsweise gebe es einige Personen aus der Bürgerschaft, die sich für Zugangsbeschränkungen an Karneval in einigen Bereichen der Stadt oder für dezentrale Veranstaltungen in den Veedeln und nicht nur für zentrale Veranstaltungen in der Innenstadt aussprechen. All diese Gedanken habe er in der vorgelegten Darstellung ein wenig vermisst und bittet daher auch hier um Information.

Herr Oster teilt mit, dass in der vergangenen Sitzung des Runden Tisches vereinbart worden sei, dass nach Aschermittwoch eine gemeinsame Evaluation stattfindet. Der genaue Termin stehe allerdings tatsächlich noch nicht fest. Aber feststehe, dass es eine Evaluation geben wird. Außerdem beabsichtige die Verwaltung, den Runden Tisch darüber hinaus auch noch weiterzuführen, um darüber zu diskutieren, welche Unterstützung bzw. welche Maßnahmen geeignet sind, damit Karneval als Brauchtum wieder einen besonderen Stellenwert erhält und das gesellschaftliche Ansehen von Karneval gesteigert wird.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Verwaltung für ihre Ausführungen und bittet darum, dass dem Ausschuss im Nachgang an die nächste Sitzung des Runden Tisches erneut eine Mitteilung bzw. ggf. zeitnah weitere Veränderungsvorschläge vorgelegt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen TOP 4.3 und TOP 4.5 zur Kenntnis.

4.4 Leitprojekt "Köln aufräumen", Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 0146/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Mitteilung betreffend „Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Sitzung des Hauptausschuss am 15.01.2018 zu dem geplanten Maßnahmenkatalog der Stadt Köln anlässlich des Straßenkarnevals 2018“ 0212/2018

Die Mitteilung wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit der Mitteilung

4.3 Karneval 2018 - Ergebnisse des "Runden Tisches Straßenkarneval" und Umsetzung erster Maßnahmen 0153/2018

behandelt, siehe unter TOP 4.3.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen TOP 4.3 und TOP 4.5 zur Kenntnis.

4.6 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56- Amt für Wohnungswesen

Die Mitteilung wurde im nichtöffentlichen Teil unter TOP 13.1 behandelt.

4.7 Personalrisikomanagement 0056/2018

MdR Dr. Krupp bittet im Namen seiner Fraktion darum, dass die vorliegende Mitteilung zur nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018 zurückgestellt wird. Seine Fraktion finde das Thema äußerst interessant, habe die Mitteilung allerdings noch nicht ausreichend bewerten können.

MdR Dr. Elster schließt sich den Ausführungen von MdR Dr. Krupp an und bedankt sich beim Rechnungsprüfungsausschuss für die Bereitstellung der interessanten Lektüre. Seine Fraktion benötige allerdings ebenfalls noch ein wenig Zeit, um die Mitteilung insbesondere auch im Arbeitskreis behandeln zu können.

Er bezieht sich auf Seite 2 der Mitteilung 3463/2017 und zitiert die dortige Aussage, dass die mit Vakanzen einhergehenden Risiken zwar konkret sind, aber lediglich temporär und damit jederzeit veränderlich. Der Satz vermittle den Eindruck, dass diese Volatilität außergewöhnlich sei. Allerdings gebe es Bereiche, beispielsweise den IT-Bereich und den Bereich der Gebäudewirtschaft, in denen über Jahre hinweg nicht genügend Fachpersonal akquiriert oder gebunden werden kann. Insofern sei das Thema letztlich doch nicht sehr volatil. Er bittet um Erläuterung des zitierten Passus in der nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018.

MdR Richter teilt mit, dass sich seine Fraktion über den 1. Bericht der Personalrisikomanagementgruppe freue. In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei bereits etwas zu den Risikoaspekten Demographie und Motivation gesagt worden. Bis zur AVR-Sitzung am 12.03.2018 bittet er daher um einen Ausblick, welche Risikocluster betrachtet werden. Hier gebe es schließlich ein breites Spektrum, auch in Richtung Wissensengpässe und Verlust von Know-How. Er bittet außerdem darum, dass der Ausschuss das Ergebnis der nächsten Tagung der Personalrisikomanagementgruppe erhält.

Die Mitteilung wird zur AVR-Sitzung am 12.03.2018 zurückgestellt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren" zur Sitzung am 06.11.2017 AN/1554/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.01.2018 3783/2017

MdR Dr. Elster merkt an, dass seine Fraktion bemerkt habe, dass nach Eingang der vorliegenden Anfrage einige Informationen im Internet ergänzt worden seien.

Insgesamt sei die Darstellung aus seiner Sicht noch ein wenig verbesserungsfähig, insbesondere da sie sich zurzeit nur auf die freiwilligen Leistungen konzentriert. Typische Leistungen wie beispielsweise die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur und der gesamte Sozialbereich seien unberücksichtigt. Jemand, der die Systematik des Haushalts nicht im Detail kenne, könne so möglicherweise den Eindruck erhalten, dass man in diesem Zusammenhang nur relativ wenig Geld investiere. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob sie die Darstellung ebenfalls für verbesserungsfähig hält.

Frau Jablonski stimmt MdR Dr. Elster zu und bestätigt, dass es in der Tat noch Luft nach oben gebe. Man sei derzeit dabei, die Daten auf Grundlage des Haushaltsplans 2018 bei den betroffenen Ämtern aktuell abzufragen und entsprechend aufzuarbeiten, damit diese dann auch insbesondere auf dem Portal Open Data veröffentlicht werden können. Dies könne auch der vorliegenden Stellungnahme entnommen werden. Es sei beabsichtigt, weitere städtische Leistungen und Gebühren miteinzubeziehen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Gefährdung von Fußgängern durch Radfahrer" zur Sitzung am 11.12.2017 AN/1761/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 23.01.2018 4019/2017

Herr Kühle bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Beantwortung der Anfrage.

Allerdings gehe es seiner Fraktion hier nicht um Radfahrerinnen und -fahrer im Allgemeinen, sondern um solche, die insbesondere zu nah und/ oder mit zu hoher Geschwindigkeit an Fußgängerinnen und -gängern vorbeifahren. Diese würden sich dadurch bedroht fühlen, insbesondere ältere Menschen und Kinder, und ggf. auch angefahren werden.

Die in der vorliegenden Beantwortung beschriebene Tatsache, dass das Radverkehrskonzept jetzt zügig umgesetzt werde, sei sicherlich sinnvoll und werde dazu führen, dass die Radfahrerinnen und -fahrer anstatt auf Bürgersteigen wieder auf der Straße fahren. Allerdings sei seiner Fraktion die Beantwortung ein wenig zu „polizeilastig“. Es gehe ihr in erster Linie nämlich nicht darum zu erfahren, welche Maßnahmen die Polizei bis jetzt getan hat bzw. tut, sondern um die aufklärenden Maßnahmen etc., die die Verwaltung unternommen hat bzw. beabsichtigt. Er bittet daher um Nachbesserung bzw. Nachbeantwortung der Fragen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, dies an das Verkehrsdezernat weiterzugeben. Es sei dann allerdings eher eine Frage, die im Verkehrsausschuss anstatt im AVR zu behandeln wäre.

MdR Görzel schlägt vor, die Beantwortung in beide Ausschüsse zu geben.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und bittet um Nachbesserung.

6.3 Anfrage der DieLinke-Fraktion betreffend "Migrationshintergrund von Stellenbewerber/innen bei der Stadt Köln" zur Sitzung am 11.12.2017 AN/1818/2017

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.12.2017 3864/2017

MdR Tokyürek bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Beantwortung. In dieser werde beschrieben, dass der Migrationshintergrund aus rechtlichen Gründen nicht erfasst werden könne. Dies sei zwar nachvollziehbar, führe sie aber zu der Frage, ob die Verwaltung über Erkenntnisse aus anderen Kommunen verfügt, ob der Migrationshintergrund auf einem anderem Wege, der rechtlich zulässig wäre, erfasst werden kann. Sie möchten wissen, ob die Verwaltung bereits bei anderen Kommunen nachgefragt habe, ob es diesbezüglich entsprechenden Möglichkeiten gibt.

Ferner berichtet sie darüber, dass die vorliegende Beantwortung auch auf der Tagesordnung der vergangenen Sitzung des Integrationsrates gestanden habe und die Aussage, dass man den Migrationshintergrund aus rechtlichen Gründen nicht erfassen kann, für nicht zufriedenstellend gehalten werde. Aus ihrer Sicht müsse es eine Möglichkeit geben, Zahlen zu erheben, mit denen man arbeiten kann und durch die man erfährt, welche Maßnahmen man ergreifen muss, damit auch die Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung abgebildet werden.

Frau Burkert teilt mit, dass sie bereits in mehreren Kommunen tätig gewesen sei. Rechtlich sei es in der Tat nicht zulässig, im Rahmen der Bewerbung bzw. hinterher im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nach einem Migrationshintergrund zu fragen. Man habe den Migrationshintergrund allerdings auf freiwilliger Basis beim vorherigen Arbeitgeber abgefragt und einen Wert von 30% erhalten. Dieser sei allerdings nicht valide bzw. repräsentativ.

In Neuss habe sie außerdem eine freiwillige Abfrage innerhalb des eigenen Amtes durchgeführt. Im Ergebnis habe es eine Quote von 45% mit Migrationshintergrund gegeben. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben an der Abfrage teilgenommen, wobei sie selbstverständlich stets betont habe, dass es sich um eine freiwillige Abfrage handelt.

Entscheidend sei, wie man an das Thema herangeht. Die Verwaltung gehe aktiv auf die Menschen zu, die offensichtlich einen Migrationshintergrund haben, könne allerdings nicht erkennen, wer darüber hinaus einen Migrationshintergrund aufweist.

Sie halte es für richtig, dass es rechtlich nicht zulässig ist, nach einem Migrationshintergrund zu fragen. Dies diene dem Schutz der betroffenen Personen. In Bezug auf die Integration gebe es aus ihrer Sicht hier in Köln bereits viele Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Ausbildung, die dazu beitragen, dass sich innerhalb der Verwaltung viele Personen mit Migrationshintergrund wiederfinden. Dies könne auch der vorliegenden Stellungnahme entnommen werden. Insofern sei man auf einem guten Weg.

Man könnte zwar eine große freiwillige Umfrage durchführen, würde dann allerdings kein repräsentatives Ergebnis erhalten, da ggf. nur wenige bzw. nur einige Personen an der Umfrage teilnehmen würden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau ergreift das Wort. Als Integrationsdezernent möchte er auch hier in diesem Ausschuss das sagen, was er im Integrationsrat und im Ausschuss Soziales und Senioren immer wieder betone: Wenn man erfolgreich integrieren möchte, sollte man auf das Gemeinsame und nicht auf die Unterschiede hinweisen!

Frage man die Bewerberinnen und Bewerber und auch sonstige Personen kontinuierlich nach ihrer Besonderheit, dann tue man exakt das Gegenteil dessen, was man eigentlich erreichen wolle. Zwar könne er den Bedarf, die Fortschritte in der Integration messbar machen zu wollen, nachvollziehen, aber die Frage „Sind Sie ein/e Ausländer/in bzw. sind Ihre Eltern Ausländer?“ bewirke dabei exakt das Gegenteil. Daher sei er entschieden dafür, dass solche Fragen nicht gestellt werden; ohnehin seien sie rechtlich nicht zulässig.

Vielmehr müsse eine Kultur entwickelt werden, in welcher man immer mehr dazu komme, das Gemeinsame der Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft - zu erkennen. Er betont, dass die Stadt in Bezug auf ihre Integrationsleistungen auch in ihrer eigenen Verwaltung noch nicht hinreichend gut aufgestellt sei. Er als Integrationsdezernent müsse selbstkritisch feststellen, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang noch besser werden sollte und dazu geeignete Mittel und Wege erforderlich seien.

MdR Tokyürek weist darauf hin, dass sie der Verwaltung keinen Vorwurf machen wollte. Ihr sei es lediglich darum gegangen, ob es ggf. in anderen Kommunen andere Möglichkeiten zur Erfassung des Migrationshintergrundes gibt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Aufrüstung des Ordnungsamtes – Wurden die Risiken berücksichtigt?" zur Sitzung am 29.01.2018 AN/0131/2018

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, dass die Verwaltung die vorliegende Anfrage bis zur nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018 beantwortet.

6.5 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Bleiberechte in Köln – Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?" zur Sitzung am 29.01.2018 AN/0132/2018

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, dass die Verwaltung die vorliegende Anfrage bis zur nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018 beantwortet.

6.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2017" zur Sitzung am 29.01.2018 AN/0134/2018

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, dass die Verwaltung die vorliegende Anfrage bis zur nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018 beantwortet.

6.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage in 2018" zur Sitzung am 29.01.2018 AN/0138/2018

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, dass die Verwaltung die vorliegende Anfrage bis zur nächsten AVR-Sitzung am 12.03.2018 beantwortet.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit

MdR Möller teilt mit, dass der Rat die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit am 10.05.2016 beschlossen habe. Sie möchte wissen, wann ein neues Konzept hierzu vorgelegt wird.

Herr Wolf antwortet, dass hiermit vor der Sommerpause 2018 gerechnet werden kann.

7.2 Glücksspielstaatsvertrag

MdR Richter bezieht sich auf die AVR-Sitzung vom 06.11.2017 und die dort unter TOP 4.2 vorgestellte Mitteilung „Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages in Köln“, 2802/2017. Er erinnert daran, dass er die Verwaltung seinerzeit darum gebeten habe, die umfangreiche Mitteilung zur nächsten AVR-Sitzung kurz zusammenzufassen und die Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages ab 2018 darzustellen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass diese Darstellung bereits in Arbeit sei und dem Ausschuss anschließend vorgelegt werde.

7.3 Beratungsmobil der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt

MdR Hegenbarth teilt mit, dass die Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt ihr Beratungsmobil, wie bereits in der Silvesternacht 2016/2017, auch in der Silvesternacht 2017/2018 als Anlaufstelle für von sexueller Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in der Innenstadt zur Verfügung gestellt habe.

Nach seinem Kenntnisstand sei das Beratungsmobil in der Silvesternacht 2016/2017 von keiner Betroffenen aufgesucht worden.

Er möchte wissen, wie oft es im Zuge des Kölner Karnevals 2017 und in der Silvesternacht 2016/2017 bzw. 2017/2018 von Mädchen und Frauen aufgesucht wurde bzw. wie viele Gespräche stattgefunden haben und, sofern möglich, welche Erfahrung in dem Zusammenhang gemacht worden sind.

Frau Dahmen sagt zu, die Nachfrage schriftlich zu beantworten.

7.4 (Trödel-)Markttreiben auf dem Areal des Autokinos in Porz

MdR Joisten bezieht sich auf seine mündliche Anfrage hinsichtlich des (Trödel-)Markttreibens auf dem Areal des Autokinos in Porz, die er in der AVR-Sitzung am 18.09.2017 gestellt hat. Zwischenzeitlich habe es diesbezüglich entsprechende Aktivitäten seitens Ordnungsamtes in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Zoll gegeben.

Er erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand. Außerdem möchte er wissen, wie sich diese Marktszene weiterentwickelt und ob es weitere ordnungsrechtliche Maßnahmen geben wird oder ob es sich um eine singuläre Aktion gehandelt habe, um dem ärgsten Treiben Einhalt zu gebieten.

Herr Rummel teilt mit, dass sein Amt die Aktivitäten auf dem Areal des Autokinos in Porz mit entsprechenden Genehmigungen begleite. Es handele sich um Marktveranstaltungen nach §§ 67-69 der Gewerbeordnung, die zu erteilen sind, sofern die Voraussetzungen vorliegen. Es gebe diesbezüglich keinen Ermessensspielraum.

Man könne immer nur dann gegen den, der den Markt betreibt, vorgehen, wenn die Vorgänge entsprechend bekannt sind und der Betreiber keine Maßnahmen unternimmt, diese entsprechend einzuschränken. Aus Sicht der Verwaltung komme der Veranstalter seinen Prüfpflichten im vorliegenden Fall allerdings nach. Dass es dort Einzelfälle gibt und jemand quasi sein gesamtes Sortiment aus Diebstählen generiert, sei auch ihm bisher noch nie untergekommen. Hierbei handele es sich wahrlich um einen Sonderfall. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien auf den Märkten entsprechend vertreten und auch die Polizei und der Zoll führen dort Überprüfungen durch. Bei dem Sonderfall handele es sich offensichtlich um Machenschaften, die sich im kriminellen Bereich bewegen und sicherlich auch organisierte Hintergründe haben. Man habe allerdings zurzeit nicht die Möglichkeit, dies dem Marktveranstalter zuzurechnen und den Markt somit nicht mehr zu genehmigen.

MdR Joisten möchte wissen, ob so zu sagen der Aspekt der regelmäßigen Sonntagsöffnung dieses Marktes mit einem Querschnittsangebot durch quasi den gesamten Einzelhandel, einschließlich des Lebensmitteleinzelhandels, für die Verwaltung kein ordnungsrechtliches Problem darstellt.

Er erinnert daran, dass der Ausschuss oft und intensiv über Sonntagsöffnungen diskutiert und der Markt im vorliegenden Fall regelmäßig sonntags stattfindet.

Herr Rummel teilt mit, dass die zum Verkauf angebotenen Waren definiert werden müssen. Dann werde geprüft, ob die Voraussetzungen vorliegen. Wenn dies der Fall sei, ist die entsprechende Genehmigung zu erteilen. Ein Markt unterliege nicht dem Ladenöffnungszeitengesetz und dürfe daher sonntags stattfinden. Im Übrigen würden auch anderswo sonntags Märkte stattfinden, für die die Genehmigungen aufgrund derselben Rechtsgrundlage erteilt werden.

7.5 Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Festkomitee Kölner Karneval

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Festkomitee Kölner Karneval dieses Jahr abläuft. Nach seinem Kenntnisstand habe es bezüglich des Abschlusses der letzten Vereinbarung lediglich im Nachgang eine Mitteilung des Oberbürgermeisters und des Stadtdirektors gegeben. Vor dem Hintergrund, dass es nun viele Themen gebe, die zwischenzeitlich von stärkerer politischer Bedeutung sind, insbesondere das Thema Sicherheit, möchte er wissen, ob vorgesehen ist, die Angelegenheit diesmal als entsprechende Entscheidungsvorlage in den Ausschuss zu reichen. Falls dies nicht vorgesehen sei, würde er dies hiermit anregen. Er habe auch im Vorfeld der heutigen Sitzung von einigen politischen Vertreterinnen und Vertretern den Wunsch gehört, dass der Ausschuss zumindest über die Eckpunkte diskutieren möchte.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Verwaltung gerne sicherstellen könne, dass eine inhaltliche Befassung mit den Kerninhalten ermöglicht wird.

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"
3262/2017**

Der Tagesordnungspunkt wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Mitteilung

**4.2 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
3923/2017**

behandelt.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Wahrnehmung der neuen Aufgabe „Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen“ für den Personenkreis der Bezieher/innen von AsylbL mit positiver Bleibeperspektive durch das Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration.

2. Zur Aufgabenwahrnehmung werden im Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration 4,0 Stellen der Wertigkeit BGr. A 8 Laufbahngruppe 1 LBesG NRW bzw. EGr. E 8 TVöD sowie 1,0 Stelle EG 9b TVöD eingerichtet. Da die Stellenbesetzung vor Inkrafttreten des Stellenplans 2019 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhaltplans
3428/2017**

**Änderungsantrag der Fraktion DieLinke
AN/0069/2018**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag werden ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Katzenschutzverordnung mit einer Kastration- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen
3723/2017**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 41 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 13 b TierSchG und § 5 ZustVO Tierschutz NRW den Erlass der Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Stadtgebiet Köln (Katzenschutzverordnung Köln – KatSchutzVO).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Bernd Petelkau
Vorsitzender

Midia Mahmod
Schriftführerin